

STELLUNGNAHME zum Antrag	Gremium:	54. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	22.10.2013 2013/0114 16 öffentlich Dez. 4
FDP-Gemeinderatsfraktion vom: 18.09.2013 eingegangen: 18.09.2013		
Wohnungsbau in Karlsruhe		

- Kurzfassung -

Die Stadtverwaltung hat bereits Verhandlungen mit Vermögen und Bau aufgenommen, um auszuloten, welche bebauten Objekte des Landes für den sozialen Wohnungsbau vorhanden sind, die das Land für eigene Zwecke nicht benötigt.

Hinsichtlich der Umnutzung von Landesbehörden ist in naher Zukunft nicht mit Ergebnissen zu rechnen.

Die Verwaltung schlägt daher vor, den Antrag für erledigt zu erklären.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages				nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
derzeit noch keine					
Haushaltsmittel Kontierungsobjekt: Ergänzende Erläuterungen:		Kontenart:			
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:			
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am			
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit			

zu 1:

Die Stadtverwaltung nimmt die Absichtserklärung des Landes, landeseigene Grundstücke den Kommunen unter Preis zur Förderung des Wohnungsbaus zu übertragen, zum Anlass, auch über bebaute Flächen zu verhandeln.

Die Stadtverwaltung steht bereits mit dem Land (vertreten durch das Amt Vermögen und Bau) in regelmäßigem Kontakt, um auszuloten, welche unbebauten und bebauten Objekte für das Land entbehrlich und für die Aufgaben der Stadt (z. B. sozialer Wohnungsbau) geeignet sind. Unter anderem wurde so in der Nancystraße und Tennesseeallee sehr zügig günstiger Wohnraum für Studierende geschaffen.

Bei einem Arbeitsgespräch zwischen Herrn Oberbürgermeister Dr. Mentrup und Herrn Staatssekretär Rust wurden der Stadt verschiedene Verwaltungsgebäude des Landes genannt, von denen sich das Land mittelfristig trennen will, z. B. Ruschgraben 13, Jahnstr. 11/1, Felsstr. 3 etc. sowie Bauplätze an der Kußmaul-/Nancystraße. Die Objekte liegen teilweise in reinem Wohngebiet bzw. teilweise besteht auch noch kein Bebauungsplan. Die Objekte werden derzeit seitens des Liegenschaftsamts geprüft.

zu 2 und 3:

Eine Reihe zentral in der Stadt liegender Landesbehörden könnten für Wohnzwecke bestens umgenutzt werden.

Im Gegenzug bietet die Stadt - verkehrsgünstig gelegen - Gelände für ein Behördenzentrum.

Eine Aufstellung mit solchen Objekten liegt dem Liegenschaftsamt ebenfalls vor. Auch diese Objekte werden derzeit auf ihre Geeignetheit hin überprüft.

Bei einer Flächenaufgabe zu Gunsten eines Behördenzentrums könnte sich eine Möglichkeit in der Erzbergerstraße ergeben.

Aus derzeitiger Sicht ist mit einer Veränderung der Landesbehörden jedoch in naher Zukunft nicht zu rechnen.

Die Verwaltung wird bei neuen Erkenntnissen dem Gemeinderat berichten.